

# DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

November 2013 N° 11

## Ende der Divergenzen?

Perspektiven der deutschen und  
französischen Wirtschaftspolitik

von Henrik Uterwedde

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

**Robert Bosch Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:  
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <[demesmay@dgap.org](mailto:demesmay@dgap.org)>

## Zusammenfassung/Summary

# Ende der Divergenzen?

## Perspektiven der deutschen und französischen Wirtschaftspolitik

von Henrik Uterwedde

Zwischen Frankreich und Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren ein wirtschaftliches Gefälle entwickelt. Während Deutschland nach Reformen und Strukturanpassungen eine neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik verzeichnet, kämpft Frankreich mit wirtschaftlicher Stagnation, Entindustrialisierung und sinkender Wettbewerbsfähigkeit. Strukturelle Unterschiede beider Wirtschaftsmodelle, insbesondere unterschiedliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen, sind für das Gefälle verantwortlich. Frankreich steht vor der schwierigen Aufgabe, lange verzögerte Strukturreformen zu realisieren und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren.

Allerdings muss das kontrastreiche Bild nuanciert werden. Hinter den deutschen Erfolgen verbergen sich einige Probleme, und bei allen Schwierigkeiten verfügt die französische Wirtschaft auch über Stärken. Wirtschaftspolitisch könnten sich beide Länder annähern, weil Deutschland vor einer sozialen Agenda und vor neuen öffentlichen Investitionen steht, die die Binnennachfrage verstärken dürften. In Frankreich könnte der Reform- und Konsolidierungskurs die gegenwärtigen Probleme allmählich überwinden. Dadurch sind auch neue wirtschaftspolitische Konvergenzen im Euroraum denkbar.

# The End of Divergences?

## Perspectives of German and French Economic Policies

by Henrik Uterwedde

During the past ten years, the economies of Germany and France developed in divergent ways. Germany was able to largely overcome its economic deficiencies through reforms and structural adjustments, and experiences now new dynamics of growth and employment, whereas France struggles with economic stagnation, deindustrialization and decreasing competitiveness. Structural differences between both economic models and notably the setting of different courses can be hold responsible for the divergence. France faces the difficult task to bring about structural reforms which were delayed for a long time, and at the same time to consolidate the public finances.

However, this picture rich in contrasts should be nuanced. As much as some problems stand behind the German success, the French economy also has strong points. Both countries could come closer to one another in terms of economic policy, because Germany faces a social agenda and new public investments, which should strengthen the domestic demand. In France, the path of reforms and consolidation could gradually overcome the omnipresent problems. Thus, new convergences in terms of economic policy are conceivable.

## Inhalt

Ein neues wirtschaftliches Gefälle.....	3
Strukturelle Unterschiede .....	5
Deutschland: Erfolge der Reformpolitik .....	6
Frankreich: zögerlicher Politikwechsel .....	7
Kontroversen um das »deutsche Modell« .....	9
Eine neue deutsch-französische Agenda? .....	10
Anmerkungen.....	11

# Ende der Divergenzen?

## Perspektiven der deutschen und französischen Wirtschaftspolitik

von Henrik Uterwedde

*Es fällt schwer zu glauben, dass [beide Länder] denselben Wechselkurs haben (angesichts der Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen und der Wettbewerbsfähigkeit), ihre Haushaltspolitik (Budgetregeln, unterschiedliche Steuergesetzgebung) oder Sozialpolitik (Sozialabgaben, Mindestlohn) koordinieren und zu einer politischen Union mit gemeinsamem Haushalt und gemeinsamer Schuldennemission gelangen können.<sup>1</sup>*

*Es scheint [...] möglich, dass die Europa-Politik Deutschlands bedeutende Veränderungen erfährt, vor allem wenn seine Partner besser begreifen, was seine Erwartungen und Interessen sind, auch im Lichte der letzten Wahlen.<sup>2</sup>*

In den vergangenen Jahren war die deutsch-französische Zusammenarbeit im Euroraum durch erhebliche Divergenzen und Spannungen gekennzeichnet. Zwischen beiden Ökonomien hat sich in den letzten zehn Jahren ein Gefälle entwickelt: Die deutsche Wirtschaft konnte seit 2005 wieder Tritt fassen, zu neuer Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zurückkehren und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Die französische Wirtschaft hingegen verlor Marktanteile im internationalen Wettbewerb, ihre industrielle Basis ist geschrumpft, und seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 hat sie ihre Wachstumsdynamik eingebüßt. Dieses wachsende Gefälle (»décrochage«) belastet die politische Zusammenarbeit beider Länder. Es hat in Deutschland zu (im besten Falle) Sorgen und (im schlimmsten Falle) Überheblichkeit in Bezug auf die Wirtschaft des Nachbarlandes geführt; in Frankreich hat es alte Diskussionen über »deutsche Dominanz« beflügelt sowie eine scharfe Kontroverse über das »deutsche Modell« und die Reformpolitik der Ära Schröder ausgelöst. Konservative und Liberale loben Letztere als Vorbild, der Linken hingegen gilt die Agenda 2010 als abschreckendes Beispiel eines unsozialen Neoliberalismus. In diesem Zusammenhang sind die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Leitbilder und Grundansätze beider Länder in Bezug auf die Europäische Währungsunion zu betrachten, die zahlreiche deutsch-französische Kontroversen prägten.

Trotz aller Kompromisse, die beide Regierungen letztlich immer wieder erarbeitet haben, sind die

Zweifel gewachsen, ob es noch eine ausreichende Grundlage für die deutsch-französische Zusammenarbeit gibt, ohne die aber die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion auf dem Spiel steht.

### Ein neues wirtschaftliches Gefälle

Seit Mitte der 2000er Jahre läuft die wirtschaftliche Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich deutlich auseinander. Französische Analysen sprechen von einer Abkopplung (»décrochage«) der französischen Wirtschaft, die seit der weltweiten Krise 2008/09 zunehmend ins Hintertreffen geraten ist. Die Facetten dieser Divergenzen sind zahlreich.<sup>3</sup>

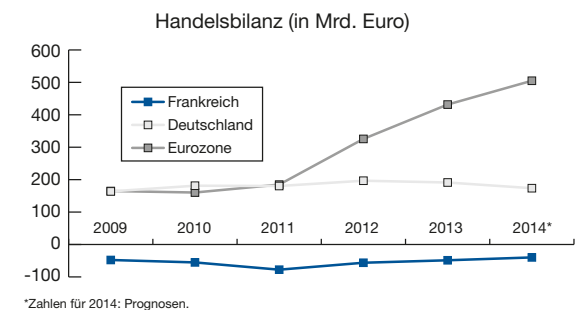
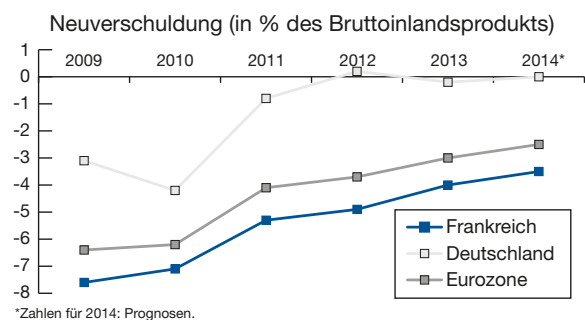
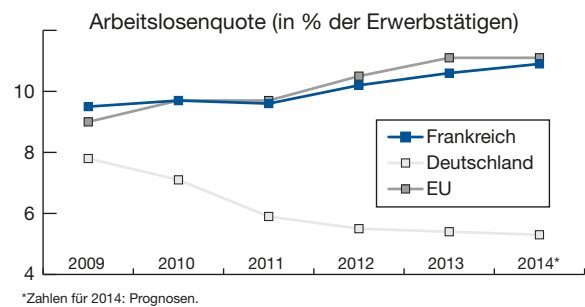
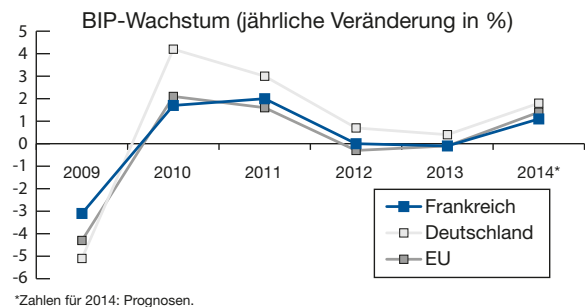
- **Wirtschaftliches Wachstum:** Die deutsche Wirtschaft verzeichnet seit 2005 – nur unterbrochen durch die Krise 2008/09 – eine neue Dynamik; dagegen hat Frankreich seit der Krise noch nicht in die Wachstumsspur zurückgefunden.
- **Beschäftigung:** Die Beschäftigungsquote stieg in Deutschland seit den 1980er Jahren von circa 65 auf circa 71 Prozent (2010), während sie in Frankreich im selben Zeitraum bei 64 Prozent verharrte. Die Arbeitslosenquote ist seit 2009 in Deutschland auf jetzt 5,4 Prozent gesunken, in Frankreich ist sie dagegen auf 11 Prozent gestiegen.
- **Wettbewerbsfähigkeit:** Während Deutschland anhaltende und steigende Handelsbilanzüberschüsse verzeichnet, hat sich die Bilanz in

Frankreich verschlechtert und steht seit 2003 tief in den roten Zahlen. Die deutsche Exportwirtschaft hat im Euroraum Marktanteile hinzugewonnen, während die französischen Exporte an Umfang verloren haben: 1998 machten sie 56 Prozent der deutschen Exportwerte aus, 2010 nur noch 40 Prozent. Dazu kommt, dass sich die deutsche Exportwirtschaft zunehmend an den dynamischen Märkten außerhalb der EU ausrichtet, deren Anteil an den deutschen Ausfuhren ständig gewachsen ist; demgegenüber bleibt die Handelsverflechtung Frankreichs stark auf Europa konzentriert.

- Industrie: Die französische Industrie verliert zunehmend an Gewicht. Im Jahr 2000 betrug die Wertschöpfung der französischen Industrie noch 50 Prozent der deutschen industriellen Wertschöpfung; zehn Jahre später war die Relation auf 40 Prozent gesunken. Während die Industrie in Deutschland ihren Anteil an der Gesamtwirtschaft annähernd behaupten konnte, war der Substanzverlust der französischen Industrie im letzten Jahrzehnt beträchtlich und schwererwiegend als in allen anderen EU-Staaten.
- Öffentliche Finanzen: Deutschland hat aufgrund einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik, eines (allerdings gemäßigten) Konsolidierungskurses und des stärkeren Wachstums in den letzten Jahren die öffentliche Neuverschuldung stetig verringern können. Frankreich, das schon zu Beginn der Krise 2008 eine höhere Verschuldung aufwies, hat es bisher nicht vermocht, diese unter die Drei-Prozent-Marke des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu bringen. Trotz des von der EU-Kommission gewährten Aufschubs von zwei Jahren steht die französische Wirtschaftspolitik unter einem erheblichen Konsolidierungszwang, der nur noch äußerst enge haushaltspolitische Handlungsspielräume lässt.

Indessen sollte die Divergenz der letzten Jahre, so besorgniserregend sie aus französischer Sicht ist, auch nicht überinterpretiert werden. In sehr langfristiger Betrachtungsweise ist die wirtschaftliche Entwicklung, gemessen am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, in beiden Ländern erstaunlich ähnlich verlaufen.<sup>4</sup> Im Zuge der Ölschocks der 1970er Jahre und der ökonomischen Internatio-

nalisation verstärkten sich zwar die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch hier gab es Phasen, in denen die französische Exportkraft



aufschloss (etwa zwischen 1973 und 1981 und in der Periode 1987–1998). In den Jahren 1995 bis 2005 wies die französische Wirtschaft eine überdurchschnittlich hohe Wachstumsrate auf, die deutlich über derjenigen Deutschlands lag. Nimmt

man als Bezugspunkt den gesamten Zeitraum seit dem Beginn der europäischen Währungsunion (1999–2012), »ist die deutsche Wirtschaft in vielerlei Hinsicht hinter den Euroraumdurchschnitt zurückgefallen«<sup>5</sup> – ein Rückstand, der durch die jüngste Dynamik erst teilweise wieder wettgemacht worden ist.

## Strukturelle Unterschiede

Seit langem ist eine Reihe von strukturellen Unterschieden bekannt, die sich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beider Ökonomien auswirken und einen Teil des Wirtschaftsgefälles erklären können.

- **Unternehmensstruktur:** Hier wird vor allem auf die in Deutschland starke Rolle leistungsfähiger, auf den Weltmärkten erfolgreicher mittelständischer Unternehmen verwiesen. In Frankreich klafft eine Lücke zwischen den weltweit positionierten und sehr erfolgreichen Großunternehmen einerseits und den kleinen und mittleren Firmen andererseits, die nur wenig zu Innovationen und Exporten beitragen. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten ist die Notwendigkeit einer Mittelstandsförderung erkannt worden. Die Herausbildung einer diversifizierten Unternehmenslandschaft mit erfolgreichen mittelständischen Firmen benötigt allerdings sehr viel Zeit und erfordert – über die mittlerweile üblichen finanziellen und steuerlichen Förderungsinstrumente hinaus – stabile Rahmenbedingungen, die den Unternehmen Wachstum und Entwicklung ermöglichen.<sup>6</sup>
- **Territoriale Strukturen:** Der polyzentrischen Verteilung der wichtigsten Wirtschaftsräume in Deutschland entsprechen die föderalen Zuständigkeiten, die den Ländern erhebliche Zuständigkeiten und Ressourcen für eine dezentrale Politik der wirtschaftlichen Entwicklung geben. Dem stehen in Frankreich das Übergewicht des Pariser Großraums und die zentralistischen Entscheidungsstrukturen gegenüber, deren Nachteile der zentristische Politiker und frühere Unternehmer Christian Blanc bündig auf den Punkt gebracht hat: »Unsere Akteure sind wie versteinert in hierarchischen, vertikalen nationa-

len Systemen, die den Interaktionen zwischen Forschung, Bildung und Unternehmen ihrer gesamten Vitalität berauben, aus der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit erwachsen könnten.«<sup>7</sup>

- **Produktdifferenzierung:** Die deutschen Unternehmen haben sich stärker als die französischen auf hochwertige Produkte spezialisiert, die einem Qualitätswettbewerb standhalten können und weniger abhängig von der Preiskonkurrenz sind. Demgegenüber bauen die französischen Firmen vielfach noch zu stark auf »banale« Produkte, die der Preiskonkurrenz stärker ausgesetzt sind. Deutsche Unternehmen investieren auch stärker in Forschung und Entwicklung: insgesamt 1,9 Prozent des BIP gegenüber nur 1,4 Prozent bei französischen Firmen. Der Ökonom Patrick Artus verweist aber zu Recht darauf, dass der entscheidende Unterschied nicht das technologische Niveau, sondern die Fähigkeit zur Produktdifferenzierung sei. Frankreichs Problem liege in der »Unfähigkeit, Innovationen in eine Differenzierung der Produkte umzuwandeln«.<sup>8</sup>
- **Dialog und Kooperation in und zwischen den Unternehmen:** Die in Deutschland vorhandene Fähigkeit zur kooperativen Überwindung von Problemen – zwischen Staat und Verbänden, zwischen den Sozialpartnern, zwischen den Unternehmen – wird als wichtige Ressource der Fähigkeit zu Strukturanpassung und Krisenbewältigung gesehen. Beispiele dafür sind die betrieblichen Bündnisse für Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit, die Management und Betriebsräte in zahlreichen größeren Industrieunternehmen seit den 1990er Jahren ausgehandelt haben, sowie die erfolgreiche Bekämpfung der Krise 2008/09 durch das Instrument der Kurzarbeit. In Frankreich ist diese Fähigkeit zur Kooperation nur schwach ausgeprägt. Seit Jahrzehnten wird die Notwendigkeit debattiert, die Verhandlungskultur in und außerhalb der Unternehmen sowie die Kooperation zwischen Unternehmen (Großunternehmen und mittelständischen Firmen, Produzenten und Zulieferer, Produzenten und Handel) zu stärken. Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren ändern sich die Verhaltensweisen nur sehr langsam.<sup>9</sup>
- **Wachstumsmodell:** Die deutsche Wirtschaft ist durch eine starke und in den 2000er Jahren

noch vertiefte internationale Handelsverflechtung gekennzeichnet. Dies schlägt sich in einer hohen Exportquote nieder (sie liegt derzeit bei knapp 52 Prozent gegenüber 28 Prozent in den übrigen großen EU-Staaten) und einer entsprechenden Abhängigkeit des Wachstums von der internationalen Nachfrage. Aber auch die Importquote ist mit 46 Prozent (gegenüber 30 Prozent in Frankreich) sehr hoch, da die deutschen Industrieunternehmen in großem Umfang arbeitsintensive Teile ihrer Produktion ausgelagert haben und damit einen erheblichen Prozentsatz ihrer Vorlieferungen importieren. Die hochspezialisierte deutsche Industrie sucht ihre Absatzmärkte immer mehr außerhalb der EU.<sup>10</sup> Ihre Konkurrenten sind ebenfalls häufig außerhalb Europas angesiedelt. Dies führt zu einer weitaus höheren Empfindlichkeit Deutschlands gegenüber Veränderungen der globalen Ökonomie und hat damit auch eine – im Vergleich zu Frankreich – frühere und konsequentere Anpassung an die Globalisierung erzwungen. Demgegenüber bleibt das französische Wachstumsmodell stärker von der Dynamik der Binnennachfrage abhängig, und die internationale Wettbewerbsposition der Wirtschaft ist deutlich schwächer als die deutsche. Aufgrund der Defizite in der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit sind die Unternehmen dem Preis- und Kostenwettbewerb stärker ausgesetzt als ihre deutschen Konkurrenten und reagieren entsprechend empfindlicher auf entsprechende Veränderungen (Lohnkosten, Veränderung der Euro-Parität usw.).

Auch wenn viele der hier skizzierten, oft bereits seit Jahrzehnten bestehenden Strukturunterschiede a priori einen Vorteil zugunsten der deutschen Wirtschaft bedeuten, können sie nicht erklären, warum sich die Schere der Wirtschaftskraft zwischen beiden Ländern gerade in den vergangenen zehn Jahren so dramatisch geöffnet hat. Diese Unterschiede sind das Ergebnis unterschiedlicher historischer Strukturen und Weichenstellungen nach 1945. Die daraus hervorgegangenen zwei Wirtschaftsmodelle sind nicht per se »gut« oder »schlecht«. Jedes Modell kann einen insgesamt erfolgreichen Weg in der Nachkriegszeit vorweisen. Darüber hinaus überzeichnet der rein bilaterale Vergleich Unter-

schiede. Er vernachlässigt die strukturellen Stärken, über die die französische Wirtschaft ebenfalls verfügt und die sie zur zweitstärksten Ökonomie in Europa gemacht haben: leistungsfähige, weltweit führende Großunternehmen, Exzellenzpositionen in einer Reihe von Sektoren (von der Luft- und Raumfahrt über Luxusgüter bis zu kommunalen Dienstleistungen), ausgezeichnete Infrastrukturen, ein hoher und familienfreundlicher Standard sozialer Sicherung, eine dynamische Geburtenentwicklung und einiges mehr.<sup>11</sup> Allerdings haben Frankreich und Deutschland unterschiedlich auf die Globalisierung reagiert und im vergangenen Jahrzehnt voneinander abweichende politische Entscheidungen getroffen, die ihre Spuren hinterlassen haben.

## Deutschland: Erfolge der Reformpolitik

Deutschland war nach dem vereinigungsbedingten Boom ab Mitte der 1990er Jahre in eine Wachstumskrise geraten, die eine Reihe von Strukturproblemen des Standorts Deutschland offen legte. Die deutsche Wirtschaft galt schließlich als »kranker Mann Europas«. Erst nach jahrelangem Zögern wurden in Deutschland in den 2000er Jahren die gesellschaftlichen und politischen Blockaden überwunden. Es gelang, die politischen Weichen zu stellen, um die Wirtschaft flexibler und (in Maßen) liberaler zu gestalten, ohne den Kern rheinischen Kapitalismus – Kooperation und Balance zwischen Wettbewerb und sozialem Zusammenhalt – zu beschädigen. Auch wenn bis heute die hochkontroversen Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010 der Regierung Schröder im Mittelpunkt des Interesses stehen, gingen die Reformen weit darüber hinaus. So erfolgten mehrfach Senkungen der Einkommen-, Körperschafts- und Ertragssteuern, Reformen der Sozialversicherung; es wurden schul- und hochschulpolitische Akzente gesetzt (z. B. Ausbauprogramm für Ganztagschulen, Exzellenzinitiative für Universitäten) und vieles mehr. Daneben handelten Management und Betriebsräte vor allem in den großen Industrieunternehmen die bereits erwähnten betrieblichen Vereinbarungen aus, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produk-



tionsstandorte zu sichern. Obwohl gerade die Hartz-Reformen der Agenda 2010 bis heute politisch umstritten geblieben sind, steht doch außer Zweifel, dass die erwähnten Veränderungen in ihrer Gesamtheit positive Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und den Arbeitsmarkt hatten. Die zurückgewonnene wirtschaftliche Dynamik erleichterte auch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Bund, Ländern, Kommunen und der Sozialversicherung.<sup>12</sup>

So präsentiert sich die deutsche Wirtschaft heute in neuer Stärke. Allein seit 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 8 Prozent gestiegen. 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze sind entstanden. Doch trotz aller Erfolge verweisen Experten und Institute beständig auf die Schattenseiten und Probleme. So zählt das DIW verpasste Wachstumschancen auf, die durch die hohe private Sparquote und die im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Investitionsquote entstanden sind; letztere ist von 20 (1999) auf knapp 17 Prozent (2012) gesunken. Es habe sich eine Investitionslücke aufgebaut, die umso schwerer wiege, weil die deutsche Spezialisierung auf hochwertige, wissens- und forschungsbasierte Waren und Dienstleistungen permanente investive Anstrengungen benötige, um Wettbewerbsvorteile zu erhalten.<sup>13</sup> Das DIW beziffert den Nachholbedarf auf 75 Milliarden Euro pro Jahr, um Infrastrukturen im Bereich der Energieversorgung, des Schienen- und Straßenverkehrs, der Bildung und Forschung auszubauen und damit künftige Wachstumschancen zu verbessern. Der demographische Wandel erzeugt ebenfalls Handlungsbedarf, weil der langfristige Rückgang des Arbeitskräfteangebots das Wachstumspotential einzuschränken droht. Dies stellt Anforderungen an mehrere Politikfelder, von der Familien- über die Steuer- und Schul- bis hin zur Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik, aber auch an die Unternehmen. Ferner stellt auch die Bewältigung der Energiewende eine Herausforderung für den Standort Deutschland dar: Neue Investitionen, aber auch neue regulative und steuerliche Rahmenbedingungen sind erforderlich. Schließlich steht die kommende Regierung vor einer umfassenden sozialen Agenda, um bestehende oder drohende soziale Schieflagen zu beseitigen (Altersarmut, Pflegegenotstand, Missbrauch im Bereich ungeschützter

Arbeitsplätze sowie im Niedriglohnsektor). Die Politik wird Lösungen finden müssen, ohne die öffentlichen Finanzen zu belasten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einzuschränken.

## Frankreich: zögerlicher Politikwechsel

Während Deutschland nach den Versäumnissen der 1990er Jahre seine ökonomischen Probleme in den 2000er Jahren weitgehend überwinden konnte, erinnert die Situation in Frankreich in vielerlei Hinsicht an die deutsche Lage vor den Agenda-reformen der Regierung Schröder. Wie damals in Deutschland sind die strukturellen Probleme des französischen Wirtschaftsmodells seit langem bekannt; allerdings wurden notwendige Strukturveränderungen oftmals verschoben oder scheiterten an massivem politischen Protest. Die Folgen dieser Versäumnisse werden vom Wirtschaftsforschungsinstitut Coe-Rexecode auf den Punkt gebracht: »Gerade in dem Moment, in dem Deutschland breit angelegte soziale Reformen einleitete und die Wettbewerbsfähigkeit in den Rang einer nationalen Priorität erhob, hat Frankreich seine industrielle Angebotsbasis verengt, seine Lohnkosten aus dem Ruder gehen lassen und die Forschungs- und Innovationsaufwendungen weiter reduziert. Das Resultat liegt heute offen zutage. Die Divergenz der makroökonomischen Politik zieht eine Divergenz in der Wettbewerbsfähigkeit nach sich, zu der sich jetzt auch eine Divergenz in den öffentlichen Finanzen gesellt.«<sup>14</sup>

Erst Nicolas Sarkozy hatte den grundlegenden Reformbedarf in seinem Wahlkampf im Jahr 2007 offen thematisiert und einen Bruch (»rupture«) mit dem tradierten Nachkriegsmodell versprochen. Als Präsident setzte Sarkozy denn auch eine Reihe neuer, angebotspolitischer Akzente: Forschungs- und Mittelstandsförderung, Programm für Zukunftsinvestitionen Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst, Universitäts- und Rentenreform. Trotz einiger vielversprechender Ansätze war indessen die Politik widersprüchlich, oft genug halbherzig, und blieb weit hinter ihren ursprünglichen Ambitionen zurück.<sup>15</sup> Sarkozys Nachfolger

François Hollande war demgegenüber mit einem klassischen sozialdemokratischen Programm angetreten, das Strukturreformen wenig Platz ließ. Aber die dramatische Verschlechterung der Lage infolge der wirtschaftlichen Rezession der letzten beiden Jahre sowie die Summe der ungelösten Probleme (Wachstums-, Beschäftigungs- und Schuldenkrise; Substanzverlust der Industrie und Schwächen der Wettbewerbsfähigkeit) haben dem Präsidenten eine umfassende Spar- und Reformagenda geradezu aufgezwungen.

Zu den Elementen dieser neuen Agenda, die Präsident Hollande nach anfänglichem Zögern ab Herbst 2012 auf den Weg gebracht hat, zählen:<sup>16</sup>

- **Haushaltskonsolidierung:** Diese wurde zunächst überwiegend durch Einnahmenerhöhungen umgesetzt, nun aber im Kern durch Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Im vergangenen Jahrzehnt waren die öffentlichen Ausgaben noch jährlich um real 2,2 Prozent gestiegen; künftig wird es Nullrunden geben müssen. Im Staatshaushalt 2014 sind erstmals Minder Ausgaben in Höhe von 15 Milliarden Euro vorgesehen. Der weiterhin sehr hohe Konsolidierungsbedarf wird über Einzelmaßnahmen hinaus strukturelle Reformen des Staats- und Verwaltungssystems sowie der Sozialversicherung erfordern.
- **Modernisierung der öffentlichen Politik:** Hollande hat die Politik seines Vorgängers gestoppt, der von 2007 bis 2012 insgesamt 150 000 Stellen in der Staatsverwaltung abgebaut hatte. Stattdessen soll die »Modernisierung des öffentlichen Handelns« (»Modernisation de l'action publique«) Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und bei den öffentlichen Maßnahmen bewirken und damit die Ausgaben senken.
- **Reform der Sozialversicherung:** Das großzügig ausgebaute System der sozialen Sicherung weist derzeit in allen Sparten Defizite in Höhe von insgesamt circa 25 Milliarden Euro auf. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf. Der im Herbst vorgelegte Plan für die Rentenversicherung setzt den 2010 eingeschlagenen Weg einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit zwar behutsam fort (schrittweise Anhebung der erforderlichen Beitragsjahre für eine Vollrente

von 41,5 auf 43 Jahre bis 2035). Allerdings ist er sehr bescheiden ausgefallen, auch um Konflikte mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Weitere Reformen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie bei den Familienbeihilfen stehen noch aus; hier wird man um unpopuläre Leistungseinschränkungen nicht umhin kommen, wenn man die Defizite nachhaltig reduzieren und die Steuer- und Abgabenbelastung nicht weiter in die Höhe treiben will.

- **Angebotspolitik:** Wichtigstes Element ist die Lohnkostenentlastung der Unternehmen in Höhe von 20 Milliarden Euro. Damit hat die Linksinregierung erstmals öffentlich anerkannt, dass die sehr hohen Lohnnebenkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen belasten. Weitere Elemente der neuen Angebotspolitik sind die Gründung einer Mittelstandsbank (»Banque publique d'investissement«), neue Maßnahmen zur Innovationsförderung sowie das Versprechen, die bisherige Regelungsflut einzudämmen und die wesentlichen steuerlichen und regulativen Rahmenbedingungen für die Unternehmen stabil zu halten.
- **Arbeitsmarkt:** Ein erster Durchbruch ist Hollande bei der Reform des verkrusteten Arbeitsmarkts gelungen, an die sich keiner seiner Vorgänger je wirklich herangewagt hatte. Um das zu starre Arbeitsrecht aufzulockern, hat der Präsident den Weg der sozialen Konzertierung gewählt und auf der Grundlage eines Abkommens der Sozialpartner ein Gesetz im Parlament verabschieden lassen. Die Reform bietet den Unternehmen mehr Flexibilität etwa bei unbefristeten Arbeitsverträgen; im Gegenzug soll der Missbrauch bei befristeten Verträgen abgebaut und den Beschäftigten mehr Sicherheit und Perspektiven für ihre Arbeitsplätze geboten werden.

Wie ist diese Politik zu bewerten? Unzweifelhaft hat die Regierung »eine Wende vollzogen. Sie plant strukturelle Reformen der öffentlichen Ausgaben, bevor sie ihr vom IWF und der EU aufgezwungen werden. Sie versucht, den Absturz der Wettbewerbsfähigkeit (...) abzuwenden, indem sie Transfers von den Bürgern zu den Unternehmen einleitet.«<sup>17</sup> Angesichts massiver politischer Widerstände, die sich dem Wandel entgegenstellen, lehnt Präsident Hollande allerdings eine »Schocktherapie«

ausdrücklich ab und versucht, die Reformen so weit wie möglich durch Dialog und Einbeziehung der Sozialpartner abzusichern. Das wird ihm oft als Zögerlichkeit und mangelnder Mut angekreidet, zumal Hollande es versäumt hat, die Reformperspektiven offen und klar zu benennen. Kritisiert wird ferner das langsame Reformtempo. Allerdings kann man mit gutem Recht argumentieren, dass eine Schocktherapie angesichts der aktuellen Wachstumsschwäche das Land überfordern würde. Wichtiger als Schnelligkeit sind Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit des eingeschlagenen Reformkurses.<sup>18</sup> Diese vorausgesetzt, hat Frankreich – auch aufgrund seiner Potenziale und Stärken, die in der Krisen-debatte oft ausgeblendet werden – Chancen, seine wirtschaftlichen Probleme zu überwinden. Es gibt, so formuliert es Louis Gallois in seinem Bericht an die Regierung, »überhaupt keinen Grund, dass Frankreich seine industrielle Wettbewerbsfähigkeit nicht zurückgewinnen könnte. Keinerlei Schicksal verdammt uns zur Entindustrialisierung.«<sup>19</sup> Und das Wirtschaftsforschungsinstitut COE-Rexecode ergänzt: »Einige der bisherigen Schwächen können zu wirklichen Chancen werden, vorausgesetzt natürlich, dass die notwendigen Reformen weiter verfolgt, verstärkt und umgesetzt werden.«<sup>20</sup>

## Kontroversen um das »deutsche Modell«

Die wirtschaftlichen Divergenzen haben unterschiedliche Spuren in der öffentlichen Debatte beider Länder hinterlassen. Es wundert kaum, dass aufgrund der guten Wirtschaftsdaten Deutschlands die Regierungspolitik der Kanzlerin Angela Merkel auf relativ hohe Zustimmung stieß, die sich auch im Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 niedergeschlagen hat. Die wirtschaftlichen Probleme Frankreichs werden mit Sorge, teils auch herablassend kommentiert (so titelt die Bild-Zeitung am 31. Oktober 2012: »Wird Frankreich das neue Griechenland?«). Die neuen Spar- und Reformansätze der Regierung Hollandes sind dagegen lange Zeit gar nicht oder nur beiläufig wahrgenommen worden. Hier überwiegt weiterhin Skepsis in Bezug auf ihre Erfolgsaussichten.

In Frankreich haben die Erfolge des deutschen Nachbarn und das starke Wirtschaftsgefälle – wieder einmal – eine breite öffentliche Debatte über das »deutsche Modell« ausgelöst. Dabei hat sich diese stark auf die Reformen der Ära Schröder fokussiert und trägt äußerst kontroverse Züge.<sup>21</sup> Eine Reihe von Autoren, vor allem (aber nicht nur) aus dem konservativ-liberalen Lager, sieht in der deutschen Reformpolitik die Ursache der neuen Dynamik und kritisiert den Mangel an entsprechenden Reformen in Frankreich. So schlussfolgert Alain Fabre in einer ausführlichen Analyse der deutschen Hartz-Reformen: »... ihre Inspiration – die individuelle Verantwortung ins Zentrum des Sozialstaats zu rücken, indem das Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten neu bestimmt wird; die Arbeitslosen dazu anzuhalten, so schnell wie möglich auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, anstatt sie davon auszuschließen, indem man ihre sozialen Rechte mit Hilfe einer nur wenig produktiven Wirtschaft finanziert – sollte die Richtschnur aller kommenden sozialen Reformen in Europa sein.«<sup>22</sup>

Ein völlig anderes Bild zeichnen insbesondere Analysen und Stellungnahmen, die aus dem linken Lager stammen. Die deutschen Erfolge werden relativiert, vor allem mit dem Hinweis auf die sozialen Folgen der Schröder-Reformen. Symptomatisch für diese Sichtweise ist das Buch des Chefredakteurs der linken Wirtschaftsmonatszeitschrift *Alternatives Economiques*, Guillaume Duval. Dieser sieht die Ursachen der deutschen Wirtschaftsstärke vor allem in langfristigen Faktoren, stellt der Reformpolitik Schröders dagegen ein vernichtendes Urteil aus: »Gerhard Schröder an der Macht verwirklicht Reformen, die die Deutschen ärmer gemacht, Arbeitsplätze vernichtet und Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten erhöht haben, während die öffentlichen Schulden gestiegen sind. Er verlässt sein Amt und der Wirtschaft geht es besser.«<sup>23</sup> Diese polemische, einseitige Sicht hält den Fakten nicht stand;<sup>24</sup> ihre starke Verbreitung hängt mit dem politischen Widerstand eines beträchtlichen Teils der französischen Gesellschaft gegen jegliche »liberale« Reformen zusammen.

Zur negativen Bewertung der deutschen Wirtschaftspolitik gesellt sich seit 2010 die Kritik an der deutschen ökonomischen Dominanz und am deut-

schen Kurs in der Eurozone. Dieser sei zu einseitig auf Sparpolitik ausgerichtet und zwingen den Nachbarländern eine verhängnisvolle Austeritätspolitik auf. Auch wenn der damit erhobene Vorwurf eines »deutschen Europa« angesichts zahlreicher Kompromisse in der Bekämpfung der Eurokrise nicht stichhaltig ist,<sup>25</sup> bleibt er weiter aktuell: Erst kürzlich haben Regierungsvertreter vom linken Flügel der Sozialisten, wie Sozialminister Benoit Hamon und Industrieminister Arnaud Montebourg, erneut das »Lohndumping« Deutschlands und die dadurch entstehende »unfaire Konkurrenz« angeprangert und diese für die Probleme der Partnerländer verantwortlich gemacht.<sup>26</sup>

Die in diesem Zusammenhang vielfach geäußerten Hoffnungen auf einen Regierungswechsel in Berlin und einen damit einhergehenden neuen Kurs der deutschen Europa-Politik nach der Bundestagswahl haben nach dem Wahlsieg Angela Merkels einer nüchternen, teilweise fatalistischen Betrachtung Platz gemacht. Man erwartet nun allenfalls marginale Veränderungen der deutschen Politik. Merkels Rolle wird als gestärkt, Hollandes Position als geschwächt angesehen. »Gegenwärtig verfügt Angela Merkel über neue Mittel, um das europäische Konzert zu dominieren. Warum sollte sie darauf verzichten? Dies wird die Aufgabe ihrer Partner, allen voran Frankreich, nicht einfacher machen.«<sup>27</sup>

## Eine neue deutsch-französische Agenda?

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen der hier geschilderten ökonomischen Entwicklungen auf die politische Zusammenarbeit im Euroraum zu bestimmen. Auf jeden Fall ist mit der Bundestagswahl und der zu erwartenden Bildung einer Koalitionsregierung der CDU/CSU und der SPD Klarheit für die kommenden Jahre geschaffen: Sowohl Merkel als auch Hollande sind bis 2017 im Amt. Sie werden die seit 2012 mit einigen Anlaufschwierigkeiten begonnene Zusammenarbeit fortsetzen, zu der es keine Alternative gibt. Die zeitweiligen, wenig von Erfolg gekrönten Versuche des französischen Präsidenten, Mehrheiten in Europa ohne

oder gegen Deutschland zu organisieren, dürften der Vergangenheit angehören.

Auf den ersten Blick spricht vieles für politische Kontinuität in Deutschland, damit aber auch für die Fortsetzung bisheriger Kontroversen. Einige Analytiker sehen angesichts der weiter unterschiedlichen Wirtschafts- und Wachstumsmodelle Probleme für die deutsch-französische Zusammenarbeit: So das Xerfi-Institut, das von dem »unmöglichen Dialog zwischen Frankreich und Deutschland« spricht, weil Deutschland der »große Gewinner« der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sei, »auf Kosten seiner großen Partner, darunter Frankreich.«<sup>28</sup> Patrick Artus sieht große, strukturell bedingte Divergenzen in den politischen Präferenzen beider Länder (Angebots- oder Nachfragepolitik, Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Verschuldung als Wachstumsmotor oder -bremse) und bezweifelt, dass beide Länder sich auf eine gemeinsame europäische Haushalts-, Steuer- oder Sozialpolitik einigen können – »oder aber das Gewicht Deutschlands wird dergestalt sein, dass es am Ende Frankreich seine eigenen Ziele aufzwingen wird.«<sup>29</sup>

Demgegenüber gibt es aber auch Zeichen für eine Annäherung. Die erwähnten Zukunftsprobleme der deutschen Wirtschaft, aber auch die mögliche Regierungsbeteiligung der SPD laufen auf eine Politik hinaus, die stärkere binnenwirtschaftliche Impulse als in der Vergangenheit setzen dürfte – etwa über die Lohnpolitik, eine verstärkte Sozialagenda und nachholende, dringend notwendige öffentliche Investitionen. Diese Neujustierung des deutschen Wachstumsmodells kommt den Partnern ein Stück entgegen, selbst wenn die grundlegenden Orientierungen der Wirtschaftspolitik nicht geändert werden. Auf der anderen Seite könnten weitere Fortschritte Frankreichs in der Haushaltskonsolidierung, der Reform- und der Angebotspolitik ebenfalls eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung und der Politik begünstigen. Daraus würde neues Vertrauen wachsen, ohne das die kommenden schwierigen Aufgaben in der Eurozone nicht bewältigt werden können: Vertrauen in den Willen und die Fähigkeit des französischen Partners, seine hausgemachten Probleme zu überwinden; Vertrauen in die Bereitschaft des deutschen



Partners, aufgeschlossen für neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse in Europa zu sein.

So ist es denkbar, dass die neue Bundesregierung – bei grundsätzlicher Kontinuität der großen Leitlinien – die vorsichtige Öffnung fortsetzt und verstärkt, die bereits in den letzten Monaten deutlich geworden ist: eine Ergänzung der Haushaltskonsolidierung durch eine Agenda für Wachstum und Beschäftigung sowie Aktionen, die die wirtschaftliche Entwicklung in den südlichen europäischen Ländern fördern. (SPD-Kandidat Peer Steinbrück hatte im Wahlkampf die Idee von einem »Marshallplan für Europa« lanciert.) Allerdings muss sie auch die in Deutschland verbreiteten euroskeptischen Stimmungen und Ängste berücksichtigen. Die europäischen Partner sollten diese Ängste ernst nehmen und mit ihrer Politik dazu beitragen, den Vertrauensverlust zu überwinden, den die wirt-

schafts- und haushaltspolitischen Fehlentwicklungen in einigen EU-Staaten ausgelöst haben.

Jacques Delors hat in einem von ihm mitunterzeichneten Positionspapier seines Instituts »Notre Europe« die Hoffnung formuliert, dass damit neue Fortschritte in Europa möglich werden: »Gerade weil Deutschland und seine Partner sich als aktiver Teil einer gleichen Schicksalsgemeinschaft begreifen – symbolisiert vor allem durch die Währungsunion –, kann die Europäische Union energisch in einen neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zyklus eintreten.«<sup>30</sup> Dies ist ein optimistisches Szenario, das bei allen Beteiligten politischen Mut, Respekt für die Positionen und Schmerzgrenzen des Partners sowie die Fähigkeit zu konstruktiven Kompromissen voraussetzt.

Henrik Uterwedde ist Stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) Ludwigsburg.

## Anmerkungen

- 1 Patrick Artus, Le couple franco-allemand peut-il résister aux différences d'objectifs économiques et sociaux entre l'Allemagne et la France?, in: Natixis Flash, Recherche Économique, Nr. 664, 30.9.2013, <<http://www.lasyntheseonline.fr/ddl.php?a=2916&f=1>>, S. 8 (alle Übersetzungen durch den Autor).
- 2 Jacques Delors, António Vitorino, Yves Bertoncini, L'Allemagne et l'UE: nouveau cycle? (Notre Europe – Institut Jacques Delors), Paris, 30.9.2013, <<http://www.notre-europe.eu/media/allemaigneubertoncinidelorsvitorinone-ijsept2013.pdf?pdf=ok>>, S. 1.
- 3 Aus der zahlreichen Literatur vgl. Coe-Rexecode, Mettre un terme à la divergence de compétitivité entre la France et l'Allemagne. Étude réalisée pour le Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, Paris, 14.1.2011, <[www.coe-rexecode.fr/public/content/download/30859/307445/version/2/file/Rapport-competitivite-France-Allemagne-janvier-2011-Partie1.pdf](http://www.coe-rexecode.fr/public/content/download/30859/307445/version/2/file/Rapport-competitivite-France-Allemagne-janvier-2011-Partie1.pdf)> (1. Teil); <[www.coe-rexecode.fr/public/content/download/30860/307450/version/4/file/Rapport-competitivite-France-Allemagne-janvier-2011-Partie2.pdf](http://www.coe-rexecode.fr/public/content/download/30860/307450/version/4/file/Rapport-competitivite-France-Allemagne-janvier-2011-Partie2.pdf)> (2. Teil); ferner Louis Gallois, Pacte pour la compétitivité de l'industrie française. Rapport au Premier ministre, Paris, 5.11.2012, <<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/124000591/0000.pdf>>. Eine deutsche Zusammenfassung in: Henrik Uterwedde, Zeit für Reformen: Frankreichs Wirtschaft im Wahljahr (DGAP Analyse, Nr. 5), Berlin, April 2012, <<https://dgap.org/de/article/getFullPDF/21072>>. Diesen Berichten sind auch die meisten Zahlenangaben entnommen, auf deren Einzelnachweis im Folgenden verzichtet wird.
- 4 Vgl. dazu Jacques Mistral, Frankreich, der außenwirtschaftliche Druck und Europa, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Frankreich Jahrbuch 2008, Wiesbaden 2009, S. 51–67 (hier S. 52 f.).
- 5 Vgl. Stefan Bach u. a., Wege zu einem höheren Wachstumspfad, in: DIW-Wochenbericht 26/2013, <[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.423522.de/13-26-2.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.423522.de/13-26-2.pdf)>, S. 7.
- 6 Vgl. Isabelle Bourgeois (Hrsg.), PME allemandes: les clés de la performance (CIRAC), Cergy 2010; Bruno Retailleau, Les entreprises de taille intermédiaire au coeur d'une nouvelle dynamique de croissance. Rapport au Premier ministre, Paris 2010, <<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/104000084/0000.pdf>>.
- 7 Vgl. Christian Blanc, Pour un écosystème de la croissance. Rapport au Premier Ministre, Paris, Mai 2004, S. 1.
- 8 Vgl. Patrick Artus, France–Allemagne: la différence essentielle n'est pas le niveau technologique, mais la capacité de l'Allemagne à différencier ses produits et à les vendre à un prix élevé, in: Natixis Flash Economie, Recherche Economique, Nr. 663, 30.9.2013.
- 9 Vgl. Dominique-Jean Chertier, Pour une modernisation du dialogue social, Rapport au Premier Ministre, Paris 2006, <<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/>

- rapports-publics/064000351/0000.pdf>; Raphael Hadas-Label, Pour un dialogue social efficace et légitime, Rapport au Premier Ministre, Paris 2006, <<http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/064000364/0000.pdf>>.
- 10 Der Anteil der EU an den deutschen Exporten lag 2012 mit 57% auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Zur neueren Entwicklung vgl. Olivier Passet, L'UE, plateforme de production de l'économie allemande, Xerfi-Synthèse 1/2013, <<http://www.xerfi.fr/xerficanal/PDF/Xerfi-synthese-1.pdf>>.
  - 11 Zu Stärken und Schwächen vgl. Coe-Rexecode, Faiblesses et atouts de la France dans la zone euro. Le défi de la reconvergence, Paris 2012, <<http://www.coe-rexecode.fr/public/content/download/32680/327014/version/2/file/Coe-Rexecode-Presidentielle-2012-Faits-et-Chiffres-Faiblesses-et-Atouts-de-la-France-dans-la-zone-euro-mars-2012.pdf>>, S. 2. Ferner die Beiträge zum Thema »schleichende Desindustrialisierung«: Guido Zimmermann, Ist Frankreich das neue Sorgenkind Europas?, in: Ifo-Schnelldienst 3/2013, 14.2.2013, <[http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd\\_2013\\_03\\_1.pdf](http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd_2013_03_1.pdf)>, S. 3–12.
  - 12 Vgl. Isabelle Bourgeois (Hrsg.), Le modèle social allemand en mutation (CIRAC), Cergy 2005; Bert Rürup, L'Agenda 2010, un modèle pour la France?, in: Regards sur l'économie allemande 107/2012, S. 5–14.
  - 13 Vgl. Stefan Bach u. a., Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren, in: DIW-Wochenbericht 26/2013, <[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.423520.de/13-26-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.423520.de/13-26-1.pdf)>, S. 3–5. Vgl. auch dies., Wege zu einem höheren Wachstumspfad, S. 6–17, sowie die übrigen Beiträge zum Thema im gleichen Wochenbericht <[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.423522.de/13-26-2.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.423522.de/13-26-2.pdf)>, S. 18–30.
  - 14 Vgl. Coe-Rexecode, Mettre un terme à la divergence de compétitivité ..., a. a. O. (Anm. 3), S. 98.
  - 15 Zur Bilanz Sarkozys vgl. Jacques de Maillard, Yves Surel (Hrsg.), Les politiques publiques sous Sarkozy, Paris 2012; Gino G. Raymond (Hrsg.), *The Sarkozy Presidency. Breaking the Mould?* Houndmills 2013; **Francis Brochet**, Inventaire après rupture. Comment Sarkozy a changé la France, Paris 2011.
  - 16 Vgl. dazu **Patrick Artus et al.**, France: les réformes réussiront-elles? Une comparaison avec l'environnement macroéconomique allemand des années 2000, in: Natixis Flash Economie, Nr. 550, 24.7.2013; Henrik Uterwedde, Frankreichs Weg aus der Krise. Strukturprobleme und Reformbaustellen (Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 27), Ludwigsburg, März 2013, <<http://www.dfi.de/abbildungen/Veroeffentlichungen/afa/pdf/afa27-Seite-3.pdf>>.
  - 17 Elie Cohen, Gallois, la gauche et la compétitivité, in: telos-europe, 8.11.2012, <<http://www.telos-eu.com/fr/politique-economique/gallois-la-gauche-et-la-competitivite.html>> (zuletzt abgerufen am 14.10.2013).
  - 18 Vgl. Artus, France: les réformes réussiront-elles?, a. a. O. (Anm. 8), sowie Pierre-Alain Muet, Le bon chemin. La politique économique de la gauche mise en perspective (Fondation Jean Jaurès), Paris 2013, <<http://www.jean-jaurès.org/Publications/Essais/Le-bon-chemin>>.
  - 19 Vgl. **Gallois**, Pacte pour la compétitivité de l'industrie française, a. a. O. (Anm. 17), S. 15.
  - 20 Coe-Rexecode, Faiblesses et atouts, a. a. O. (Anm. 3), S. 2.
  - 21 Vgl. dazu zusammenfassend **Jacqueline Hénard**, L'Allemagne: un modèle, mais pour qui?, Paris 2012.
  - 22 Alain Fabre, Allemagne: miracle de l'emploi ou désastre social? (Institut de l'entreprise), Paris, September 2013, S. 62.
  - 23 Guillaume Duval, Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes, Paris 2013, S. 176 f.
  - 24 Vgl. die Besprechung von Henrik Uterwedde, Modèle allemand: un mythe peut en cacher un autre, in: Allemagne d'aujourd'hui, Nr. 205, Juli–September 2013, S. 6–11.
  - 25 Vgl. Henrik Uterwedde, L'Europe allemande: mythe ou réalité?, in: Allemagne d'aujourd'hui, Nr. 199, Januar–März 2012, S. 51–60.
  - 26 Vgl. das ausführliche Dossier in Challenges, Nr. 357, S. 50–54: **Les 12 piliers de la discord: politiques, économistes et industriels français rejettent l'image d'une Allemagne exemplaire.**
  - 27 François Ernenwein, Kommentar in La Croix, 25.9.2013. Ähnlich der Leitartikel von **François Lenglet**, Nos trois illusions face à Merkel, in: Le Point, 26.9.2013.
  - 28 Xerfi, a. a. O. (Anm. 10), S. 1.
  - 29 Artus, Le couple franco-allemand, a. a. O. (Anm. 1), S. 1.
  - 30 Delors et al., a. a. O. (Anm. 2), S. 3.



